

Die Konzentration in der Wirtschaft und der Wettbewerb

I

Die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Nachfolgerin des 1872 gegründeten und 1936 aufgelösten Vereins für Sozialpolitik, nahm auf ihrer Kissinger Septembertagung 1960 eine alte Tradition auf: über funktionale Marktbeziehungen hinaus konkrete Strukturfragen der Gesamtwirtschaft zu untersuchen. *Edgar Salin*, Basel, der gleich dem Verfasser hierin eine zentrale Aufgabe jeder politischen Ökonomie sieht, gab der Tagung mit seinem einleitenden Referat über „Soziologische Aspekte der Konzentration“ ein Ferment, dessen spezifische Wirkung von den Professoren, Dozenten und Assistenten, welche die Masse der Hörer bildeten, zumeist abgelehnt oder nur widerstrebend anerkannt wurde¹). Einen Nachklang solcher Verstimmung gab die 15. Tagung der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft für Oberösterreich in Bad Ischl.

Industrielle „Ballungen“ in mathematisch exakter Weise zu messen fanden sich die Fachgelehrten außerstande. Dagegen wurde Professor Salin vorgeworfen, er habe das Versagen neoliberaler „Modellschreinerei“ und die objektive Notwendigkeit des Konzentrationsprozesses im Spätkapitalismus beweislos behauptet. An sich erfolgen Veränderungen in der gesellschaftlichen Reproduktion unseres materiellen Daseins unabhängig von unserem Erkenntnisvermögen und Erkenntniswillen im Fortgang der technisch-ökonomischen Produktionsweisen und der Bevölkerungsbewegung. Auch fehlt es uns nicht an empirischer Tatsachenkenntnis; der alte Verein für Sozialpolitik hat beispielsweise die Kartellfragen schon 1894, 1905 und 1930 bis 1932 sowie die Beteiligung der Arbeiter am Unternehmensgewinn bereits 1874 behandelt. Die von Salin als schein-demokratisch kritisierte Streuung „geballter“ Korporationsvermögen hat der altliberale *John Prince-Smith* in einem Artikel über Arbeiteraktionäre wohl 1867 zuerst erörtert. An *Thünen*, *Rodbertus*, die Genossenschaftstheoretiker sowie die frühen Versuche einer Gewinnbeteiligung sei erinnert.

Solche Strukturprobleme lassen sich nicht leugnen oder einfach in einen von *Walter Eucken* so genannten „Datenkranz“ der Marktfunktionen abschieben. Die Strukturfragen enthalten stets politischen Sprengstoff, denn sie machen jenen Übergang vom Erkennen zum Handeln aus der Theorie zur Praxis unabweisbar, der seit 1872 den Verein für Sozialpolitik ein Spiegelbild der sozialökonomischen Wirklichkeit werden ließ²). Für den altliberalen Volkswirtschaftlichen Kongreß von 1857 wie für die „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ und den „Ordo“-Kreis von 1948 gilt mit anderen Vorzeichen das gleiche. Theorie ohne Praxis ist bekanntlich leer, und Praxis ohne Theorie ist blind. Andernfalls entsteht die Gefahr, auf die Professor *Neumark* hinwies, daß eine ihres bisherigen Nationalkörpers enthobene reine Sozialökonomie an geschichtlichem und systematischem Gehalt hinter ihrer eigenen Vergangenheit ebenso wie hinter ihren westlichen Vorbildern zurückbleibt. Es genügt, daran zu denken, was die akademischen Außenseiter *Karl Marx* und am Rande der Theorie *Friedrich List* über Kapitalkonzentration und „Riesenbetriebe“ im Maschinenzeitalter geschrieben haben. Die Umbenennung des Vereins für Sozialpolitik, die bereits 1887 und auf der Jubiläumstagung 1922 vorgeschlagen wurde, unterstreicht nur die Notwendigkeit, unsere Gegenwart als komplexe Einheit der ihr immanenten gesellschaftlichen Realfaktoren zu begreifen³).

1) Vgl. Salins Referat in „Die Zeit“ vom 23. und 30. September und 7. Oktober 1960. — Ferner die Berichte von Dr. Franz Deus im Juliheft 1960 und von Günter Pehl im Novemberheft: 1960 der Gewerkschaftlichen Monatshefte. — Zur Neubegründung des Vereins für Sozialpolitik 1947 vgl. des Verfassers Aufsatz „Fünfundsechzig Jahre Verein für Sozialpolitik“ in Deutsche Finanzwirtschaft (Berlin), Novemberheft 1947.

2) Salin nannte beispielsweise die massenweise Ausgabe von sog. Volksaktien eine Fassade für die faschistische Macht der Leitungsstäbe der verbundenen Konzerne und Großbanken. Effektenkapital und Finanzkapital sind in der Tat Hauptmerkmale des Konzentrationsprozesses und dürften in der Diskussion nicht übergangen werden.

3) Vgl. Franz Boese, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872—1932 (1939) und des Verfassers Politische Ökonomie in unserer Zeit (1958), Gottfried Eisermann, Wirtschaftstheorie und Soziologie (1957), Edgar Salin, Friedrich List. Kerneuropa und die Freihandelszone (1960).

II

Eine solche Analyse findet in der Bundesrepublik knapp 1100 „Riesenbetriebe“ mit je über tausend Beschäftigten; auf sie entfielen 1954 47 vH und 1957 55 vH des Gesamtumsatzes. Auf 0,3 vH aller umsatzsteuerpflichtigen Industrieunternehmen kamen rund ein Drittel, auf 10 vH über drei Viertel des Gesamtumsatzes. Nach *Günter Sieber* hatten in elf von insgesamt 29 Industriegruppen, die 44 vH des industriellen Gesamtumsatzes konzentrierten, 96 Unternehmen 1957 eine marktbeherrschende Stellung. Von 24 Eisen- und Stahlgesellschaften waren 23 in Konzernen zusammengeschlossen. Vergleichsweise ging die Anzahl der Handwerksbetriebe 1949 bis 1956 um 13 vH, diejenige der Aktiengesellschaften 1950 bis 1959 von 2088 auf 1610 zurück⁴⁾. Allein 1957 und 1958 wurden 48 Firmen mit annähernd 800 Millionen D-Mark Grundkapital anderen Gesellschaften fusioniert. Klein- und Mittelbetriebe umfaßten 1957 über 86 vH aller Industriebetriebe, aber nur ein Fünftel aller Beschäftigten.

Nicht entscheidend für den Konzentrationsgrad ist der Marktanteil, da sogenannte Marktmacht im Sinne des Kartellrechts über die Größe der jeweils marktbeherrschenden Unternehmen noch nichts aussagt. Hingegen wird jedes Unternehmen durch das Verhältnis bestimmt, in welchem Kapital, Arbeit und Umsatz (Bilanzsumme, Beschäftigtenzahl und Brutto- bzw. Netto-Produktionsergebnisse) zueinander sowie zu anderen Unternehmen stehen. Nach *Karl Zimmermann* heben sich hier aus den Riesenbetrieben einige vierzig Größt- oder Mammutunternehmen heraus, auf die 1958 bis 1959 über ein Drittel des Gesamtumsatzes in Handel und Industrie entfiel; hierbei fehlten die nicht in Aktienform arbeitenden Konzerne (Krupp, Philips, Flick, Quandt, Oetker, Stinnes, Otto Wolff, Zeiss) sowie einige Aktiengesellschaften (Saarbergwerke, Rheinische Braunkohlen, Metallgesellschaft).

Alle Analysen deuten darauf hin, daß unsere westdeutsche Wirtschaft die Maßstäbe und Grenzen des freien Wettbewerbs gesprengt und die Stufe des sogenannten Monopolkapitalismus erreicht hat. Kapitalmäßig führen Bergbau, Chemie, Erdöl und Elektroindustrie. Auffallend ist die weitgehende Übereinstimmung des Standes von 1958 mit demjenigen vom Jahre 1936; sie zeigt, daß der Aufbau unserer privaten Erwerbswirtschaft trotz aller politischen Strukturänderungen und „Entflechtungen“ (IG Farben, Vereinigte Stahlwerke, Krupp) unerschüttert blieb⁵⁾. Wie die Krise von 1929 mit ihrer „Sozialisierung der Verluste“ und nachfolgenden Reprivatisierungen beweist, werden die Spielregeln des Wettbewerbs auf dieser Stufe unanwendbar. Im Vergleich zu nordamerikanischen und manchen europäischen Korporationen bleibt die Bundesrepublik allerdings zurück; der Konzentrationsprozeß als solcher aber setzt — man denke an die Großbanken, AEG, Hugenberg, Stinnes, Thyssen, Mannesmann oder Siemens — die Tradition des Wilhelminischen und Weimarer Deutschlands fort⁶⁾.

Damit ist die geschichtliche Kontinuität eines Gegenstandes gewahrt, der unter die Hauptmerkmale des von *Sombart* so genannten Spätkapitalismus gehört und unsere Produktionsverhältnisse bestimmt. Nicht nur stammen, wie Hamburgs Bürgermeister *Max Brauer* 1959 hervorhob, 60 bis 70 vH aller industriellen Erzeugnisse aus Großunternehmen. Der Groß- und Kleinhandel zählte 1957 gegen 150 000 bzw. an 550 000 umsatzsteuerpflichtige Betriebe mit 143 bzw. rund 68 Md. DM Umsatz. Auf 5200 oder nur 1 vH Einzelhandelsbetriebe, die je über 1 Mill. DM umsetzten, entfielen 37 vH des Gesamtumsatzes; dagegen kamen auf 177 000 Kleinstbetriebe oder ein Drittel aller Einzelhandelsbetriebe nur 2 vH des Gesamtumsatzes, gegen noch 5,3 vH 1950.

4) Vgl. Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen des WWI 1960, S. 149, 157, 199, 218, mit interessanten Hinweisen auf die beteiligten Auslandskonzerne. Ferner Die Quelle, Oktoberheft 1960, S. 421/422, und Günter Sieber in den Gewerkschaftlichen Monatsheften, Maiheft 1959.

5) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. November 1959.

6) Unter den europäischen Großkonzernen standen laut „Fortune“ Royal Dutch-Shell und Unilever 1958 an erster und zweiter Stelle; Siemens kam an siebenter und Krupp an achter Stelle.

Im Großhandel vereinigten 13 vH Betriebe mit je über einer Million D-Mark Jahresumsatz über vier Fünftel des Gesamtumsatzes; allein jene 42 Großhandelsunternehmen, die jährlich über 250 Mill. DM umsetzten, übertrafen damit die Umsätze von 129 000 Großhandelsunternehmen, die unter der Millionengrenze blieben und deren Marktchancen seit 1950 entsprechend zurückgehen⁷⁾.

Das Ausscheiden vieler Betriebe aus dem Markt, aber auch ihr Aufsteigen in höhere Größenklassen warnen davor, die jeweiligen Größenordnungen als ebenso viele Zeichen einer gleichmäßig fortschreitenden Konzentration mißzuverstehen. Immerhin fehlt es keineswegs an Oligopolen und an Monopollagen, die jedem Marktwettbewerb eine absolute Grenze setzen. Aktuelle Beispiele bieten die private Verfügung über Atomkraft sowie die „mass media“ Rundfunk und Fernsehen. Wenn eine Minute im Werbefernsehtarif für das gesamte Bundesgebiet mit Berlin etwa 30 000 DM und künftig vielleicht 45 000 DM kostet, dann liegt auf der Hand, daß mir besonders finanzstarke Unternehmen sich solche „Public Relations“ leisten können⁸⁾. Gesamtwirtschaftlich bedeutsam wirkt seit den Zeiten der spätrömischen Latifundien das ländliche und städtische Bodenmonopol. Als Beispiel aus dem Bereich des städtischen Wiederaufbaus sei der frühere Frankfurter Stadtbaurat *Ernst May* in Hamburg angeführt; er wies auf die Tatsache hin, daß der städtische Siedlungsboden nur 4 vH der Hamburger Bevölkerung gehöre⁹⁾.

Auf dem Stuttgarter Bundeskongreß des DGB und auf dem Münchener Parteitag der SPD, die staatliche Kontrollen privater Wirtschaftsmacht und eine „Planung in Freiheit“ diskutierten, wurde die Kartellfrage wieder aufgeworfen, die *Gustav Schmoller* dem Verein für Sozialpolitik 1894 stellte. *Friedrich Kleinpächter* hatte sie in einer ersten Monographie 1883 dahin beantwortet, daß der Staat „monopolistische Zwangskartelle“ schaffen müßte, um die privaten Kartelle durch Konzessionszwang in die Hand zu bekommen. Schon damals wurde anerkannt, daß solche Zusammenschlüsse „das notwendige Produkt der bisherigen historischen Entwicklung“ gegenüber einem „anarchischen“ Zustand der gewerblichen Produktion wären. Kleinwächter wie *Wilhelm Lexis* hielten es für vergeblich, gegen eine durch Technik und Bevölkerungsdichte gegebene Notwendigkeit anzukämpfen. Enquêtes und ein Kartellamt mit Anzeigepflicht (Kartellregister) wurden in Deutschland und Österreich von 1883 bis 1908 debattiert; weder Schmollers Vorschlag 1905, daß die Regierungen ein Viertel der Aufsichtsräte in die großen Aktiengesellschaften delegieren sollten, noch *Alfred Webers* und *Friedrich Naumanns* Sozialisierungsgedanken oder auch die Reichskartellenquete 1906 konnten die, wie Schmoller sagte, gleichsam naturgesetzliche Entwicklung hindern¹⁰⁾.

Hierüber sind alle Debatten und gesetzlichen Versuche seither kaum herausgekommen. Konzentration betrifft ja das ungleichmäßige Wachstum bzw. Zurückbleiben sämtlicher wirtschaftlicher Einheiten, während gesetzgeberische Maßnahmen sich zunächst auf die organisatorischen Zusammenschlüsse, beginnend mit der Kartellpolitik, beschränken — wobei jedes staatliche Eingreifen in einen immanenten Trend des Marktwettbewerbs mehr oder weniger wirkungslos bleiben muß und bisher geblieben ist¹¹⁾. Dieser Widerspruch kennzeichnet noch unsere Gegenwart. Edgar Salin nennt, mit Klein-

7) Vgl. Der Verbraucher. Konsumgenossenschaftliche Rundschau (Hamburg) vom 5. September 1959.

8) Laut „Handelsblatt“ vom 10. Oktober 1960 soll der Preis einer all-britischen Sonntags-Fernsehminute auf 95 000 D-Mark erhöht werden.

9) In Südamerika sollen 5 vH der Bevölkerung 90 vH des Bodens besitzen.

10) Vgl. Heinrich Waentig in der Schmoller-Festschrift (1908), Zweiter Teil S. 59—72. — Franz Boese a. a. O“ S. 70—73, 103—120, 201, 211, 237. — Friedrich Kleinpächter in Handwörterbuch der Staatswissenschaften V. Bd. (3. Aufl. 1910), S. 792 und 881. — V. Lexis ebda. VIII. Bd. (1911), S. 787—792. — Robert Liefmann ebda. VII. Bd. (1911), S. 1290 über Trusts und Kartelle, Effektenkapitalismus und Konzerne mit Hinblick auf die Ver. Staaten. — G. Schmoller, Grundriß der Allgem. Volkswirtschaftslehre I. Teil (1901), S. 449—457, und zur Kritik des „kapitalistischen Liberalismus“ Heinrich Herkner, Die Arbeiterfrage (8. Aufl. 1922), II. Bd., S. 127—189.

11) So auch der Kartellamtspräsident Eberhard Günther laut „Die Welt“ vom 15. Oktober 1960. — Schmoller spricht von hölzernen Schüreisen; er wollte einen Teil der Monopolgewinne verstaatlichen und auch Vertretern der organisierten Arbeiter einen gewissen Einfluß ermöglichen.

wächter und Lexis fast wörtlich übereinstimmend, Großunternehmen und Konzerne das notwendige Ergebnis der technischen Entwicklung und des ungeheuerlichen Bevölkerungswachstums. Das Problem steht unverändert vor uns, nur hat es in acht Jahrzehnten vordem unbekannte Dimensionen angenommen, so daß Professor *Carlo Schmid* in München erklären konnte: „Im Atomzeitalter kann unter dem Tarnmantel der Wirtschaftsfreiheit die monopolistische Marktbeherrschung und die Lenkung der öffentlichen Meinung durch unkontrollierte und unkontrollierbare Machtgruppen immer erfolgreicher praktiziert werden.“ Daß es hier um das Kernproblem einer „Organisation der Volkswirtschaft“ gehe, wie Kleinwächter sagt, und zwar einschließlich der politischen Demokratie als solcher, ließ auch Salin außer Zweifel. Es geht letztlich um das Verhältnis zwischen politischer Macht und Wirtschaftsmacht. Darum ist der Konzentrationsprozeß im eminenten Sinne kein beliebiges Problem. Jede Sozialökonomie wird daran zur politischen Ökonomie. Bundeswirtschaftsminister *Erhard* nennt dies die zentrale Frage der Marktwirtschaft moderner Ausprägung und das wirtschaftspolitische Gegenstück zur politischen Demokratie¹²⁾.

III

Der organisierte Konzentrationsprozeß führt über alle nationalstaatlichen Besonderheiten hinaus. Vor diesem Aspekt treten Unterschiede in den Marktformen zurück. Ist doch die Konzentration mit ihren Riesen- oder Mammutunternehmen, deren Budgets schon vor 1914 manchen Fürstenstaat übertrafen, ihren Fusionen, ihren Trusts, Konzernen, Syndikaten, Kartellen und internationalen Verflechtungen — einschließlich Großbanken, Großhandel und Transport — durchaus in der Produktionssphäre angesiedelt; sie ist kommunistischen Staatstrusts (Kombinaten) oder Kommunen (Kolchosen, Agrostädten) und sonstigen sozialisierten Unternehmungen sogar dort, wo keinerlei Markt besteht, ebenso eigentümlich wie unseren Produktionsverhältnissen mit deren am Markt orientierten Grundrechten freier Unternehmerinitiative.

Offenbar konvergieren bürgerliche wie marxistische, liberale wie sozialistische Theorien mitsamt der klassischen Sozialpolitik und dem modernen Wohlfahrts- oder Versorgungsstaat auf unseren Gegenstand. Wie Ludwig Erhard selber hervorhebt, bleibt die Zuteilung des Sozialprodukts und speziell das Verhältnis von Lohn und Profit eine Funktion der jeweiligen Produktion und Produktivität¹³⁾. Da jede rein liberale Ordnung und Theorie „das Gesetz des Handelns beim Unternehmer“ findet, wird die Zuteilung hier seit alters her primär vom Unternehmerstandpunkt gesehen und die Profitrate nicht in Frage gestellt¹⁴⁾. Darin ist — man denke an die angebliche Lohn-Preis-Spirale — jener Widerspruch zwischen Unternehmerverbänden und Arbeitnehmervereinigungen angelegt, der speziell die Industriegesellschaft kennzeichnet und 'sich mit ihr abwandelt. Im Gegeneinander der Interessen ist ihr Ineinanderübergehen und ihr Kampf um den Staatsapparat gegeben. Nach dem Zerschlagen der offenen Diktatur wird unser ökonomischer Wiederaufbau durch die Tendenz bezeichnet, die von Prince-Smith 1864 „sogenannte Arbeiterfrage“ durch ein Gleichgewicht zwischen den „Sozialpartnern“ zu entschärfen. In der Tat schafft das rasche Wachstum des Sozialprodukts, der technischen Effizienz und des Reallohnes seit dem absoluten Tiefpunkt 1946 einen Spielraum, der weder das behauptete Verschwinden der Mittelklassen zuläßt noch eine absolute Verelendung der Arbeiterklasse kennt.

12) Vgl. Ludwig Erhard, *Wohlstand für alle* (7. Aufl. 1960), S. 165—198. — Minister Erhard sagt sämtlichen Kartellbestrebungen den Kampf an. Trotz sehr störender Widerstände der Kartellfreunde solle kein Produzent oder Händler, sondern ausschließlich der letzte Verbraucher im Markt obsiegen. Private Monopole sollten beseitigt und zunächst staatlicher Aufsicht unterstellt werden (1948). Andernfalls wären auch die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften nicht länger abzuwehren (1951).

13) Vgl. Erhard a.a.O., S. 220—232.

14) Werner Sombart sagt: „Die treibende Kraft in der modernen kapitalistischen Wirtschaft ist der kapitalistische Unternehmer und nur er. Ohne ihn geschieht nichts.“ Vgl. J. Schumpeter (1912).

FRIEDRICH LENZ

Der raum-zeitliche Wandel unserer Wirklichkeit, den wir als eine Selbstbewegung fassen können, verbietet uns grundsätzlich, die Kategorien der modernen Erwerbsgesellschaft mit dogmatisierender Starrheit als unveränderlich anzusehen. Die Notwendigkeit, alle Besonderheiten unseres Gegenstandes im Detail zu untersuchen, wurde in den Schriften und Diskussionen der Kissinger Tagung anerkannt¹⁵⁾. Das praktische Ergebnis bleibt, wie schon die viel bedeutendere Diskussion im Verein 1905 erwies, fragwürdig. Vom Monopolkapital schlechthin zu sprechen und es aus entgegengesetzten Gesichtspunkten moralisch zu verwerfen, genügt so wenig wie das Aufstellen idealtypischer und theoretisch fleckenloser Gesellschaftsordnungen. Die Wirklichkeit fordert konkrete Analysen; ohne richtiges Begreifen und Erfassen ist im Wortsinne kein sachgemäßes Behandeln eines Gegenstandes möglich.

Am Beispiel des benachbarten Österreich werden bereits Unterschiede sichtbar, die sich dem Schema: privates Monopolkapital oder staatliches Kapitalmonopol, nicht «unbesehen einfügen lassen. Ohne deshalb sozialistisch zu werden, hatte Österreich ähnlich *Frankreich* und *England* durch zwei Gesetze 1946/47 einen Teil der Großbetriebe in Gemeineigentum überführt und ist hierbei nicht schlecht gefahren. Die Zuwachsrates seines Sozialproduktes ist derjenigen im „Wirtschaftswunderland“ gleich, wenn nicht überlegen. Großunternehmen wie die VOEST sind erfolgreiche Exporteure und mit dem LD-Verfahren zur Stahlerzeugung Lizenzträger auf den Weltmärkten geworden. Die Enge des österreichischen Binnenmarktes wirkt überdies dahin, daß in vielen Branchen optimale Betriebsgrößen überhaupt nicht oder nur dann erreicht werden können, wenn sich die Erzeugung eines Artikels auf einen oder wenige Unternehmer beschränkt. Daher stellte der Leiter des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Professor *Franz Nemschak* schon vor Jahren fest: Etwa ein Drittel aller Warengattungen werde von je einem Unternehmer als Monopolisten erzeugt, ein weiteres Drittel von je zwei bis fünf Unternehmern und nur ein Sechstel von mehr als je zwölf Unternehmern. Die Unterschiede gegenüber dem westdeutschen Monopolkapital, die gewaltsam 1938 bis 1945 eingeebnet waren, liegen auf der Hand. Während in der Bundesrepublik Deutschland jene Reprivatisierung öffentlicher Unternehmen, die *Hjalmar Schacht* einst befürwortete, eingeleitet wird, bleibt in Österreich ein Viertel der wachsenden Industrieproduktion verstaatlicht und, nebst Transport und Banken, unter den Direktiven einer 'bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung.

IV

Der systematisch verhärtete Gegensatz von freier Wirtschaft und Planwirtschaft, den Salin erwähnt, wurde weder nach dem ersten noch nach dem zweiten Weltkrieg durch „Mischsysteme“ vermittelt, vielmehr durch den Übergang von der sogenannten Historischen Schule zur reinen Marktökonomie ideologisch vertieft. Gemeineigentum an den politisch-ökonomischen Grundlagen der Gesamtwirtschaft war, abgesehen von Berlin, in Hessen 1946 und Nordrhein-Westfalen 1948 beschlossen und sogar im Ahlener Programm der CDU 1947 vorgesehen, aber unter der Nachkriegskonstellation verhindert worden¹⁶⁾. Die Überführung von Produktionsmitteln in gemeinwirtschaftliche Formen gemäß Artikel 15 und 74 des Bonner Grundgesetzes bleibt ebenso gegenstandslos wie die wesentlich inhaltsreicheren Bestimmungen im 5. Abschnitt der Weimarer Verfassung von 1919¹⁷⁾. Nur „die Verhütung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung“ nach Artikel 74, Ziffer 16, hat sich im Bundeskartellamt und einem Bundes-Enquête-Vor-

15) Die vorbereitenden drei Schriftenbände umfassen rd. 2000 Seiten.

16) Auf die weitgehenden Sozialpläne der französischen „Resistance“ von 1944 sowie des linken Flügels der britischen Arbeiterpartei sei hingewiesen.

17) Eine Umkehrung des Artikels 15 in ein Verbot der Vergesellschaftung wurde seitens der FDP im Bundestag am 22. Juni 1960 beantragt.

KONZENTRATION UND WETTBEWERB

haben niedergeschlagen; das Kartellgesetz von 1957 soll „die Erzeugung oder die Marktverhältnisse“ treffende Einschränkungen des Wettbewerbs vereiteln und geht mit- hin über den Begriff der sogenannten Marktmacht grundsätzlich, hinaus.

Die 1919 wie 1949 garantierten Freiheits- und Eigentumsrechte waren hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenschlüsse bereits Anfang 1919, sodann durch die Kartell- verordnung von 1923, im „Dritten Reich“ 1933 bis 1943 und seitens der Besatzungs- mächte 1947 bis 1948 jeweils durchaus abweichenden Regelungen unterworfen worden. Das nach langwierigem Interessenstreit begründete Bundeskartellamt soll keinesfalls die von Minister Erhard so genannte „unternehmerische Planwirtschaft“ antasten, geschweige einem „staatlichen Dirigismus“ unterordnen. Ende 1958 waren rund 170 000 Preisbin- dungen angemeldet. Schon in der Weimarer Republik galt über die Hälfte aller Preise für irgendwie gebunden.

Unsere demokratische Daseinsweise auf Gedeih und Verderb einem Denkmodell to- talen Wettbewerbs gleichzusetzen, möchte seltsam scheinen, zumal dies liberale Zielbild in unserer pluralistischen Gruppengesellschaft der Wirklichkeit widerspricht¹⁸⁾. Gleich sei- nem Gegenbild, der abstrakt-formalistischen „Zentralverwaltungswirtschaft“ Walter Euckens, dient dieser überformte Individualismus, hinter dem sich höchst reale Macht- interessen aufbauen, als ideologischer Ausdruck einer Weltlage, die Ost und West anta- gonistisch gegeneinanderstellt und weder ein politisches Gleichgewicht noch irgendwelche gesellschaftliche Koexistenz für real möglich hält. Wer den großen Entscheidungskampf um die Weltherrschaft nur für eine Galgenfrist vertagt glaubt und im Osten mit *Wil- helm Röpke* einzig wirklichen Satanismus, Bestialität und Krebsfraß am Werke sieht, dessen emotionales Denken entspricht anscheinend den slavophilen Schablonevorstellun- gen eines verfaulenden Westens, der mit dialektischer Notwendigkeit blut- und schmutz- triefend bereits verende. Die Geschichte pflegt freilich solche apodiktischen Endlösungen und alle monokausalen Losungen abzuwandeln.

Wie anders wäre es zu verstehen, daß in einer Debatte über Ursachen der Konzen- tration weder die genossenschaftliche Theorie und Praxis als Gegenstück aller herr- schaftlichen Unternehmensformen genannt noch vom Einfluß gigantischer Rüstungskon- zentration gesprochen wurde? Staat und Wirtschaft decken sich nur in kommunistischen Verhältnissen. Aber ihre wechselseitige Verflechtung durch die finanzielle Liquidation früherer und die Vorsorge gegen künftige totale Kriege drückt ja dem öffentlichen Haus- halt nicht nur in den Vereinigten Staaten ihren Stempel auf und weder handwerkliche noch kleingewerbliche Betriebsweisen können der Automation, der Elektronik, der Mechanisierung oder sonstigen Integrationszwängen unserer neuen Produktionsweisen und Atomtechnik gerecht werden. Auch hier schlägt die Quantität in Qualität um¹⁹⁾.

Insoweit die liberalen Menschen- und Bürgerrechte als verpflichtendes Erbe einer großen Vergangenheit in uns fortleben, sind ihre Träger nicht diese wertneutralen Produktionsverfahren. Werkhallen, Kaufhäuser oder Büros unterscheiden sich als solche nur nach ihrer Effizienz, und diese ist kein Monopol des Westens mehr, sondern im Zeitalter einer weltweiten Industrialisierung allgemein erreichbar geworden. Auch hier treffen die Annahmen unserer liberalen Klassiker nicht mehr zu. Politische Selbstbestimmung war ein Vorzug der älteren Industriegesellschaften; jetzt emanzipieren sich der sog. sozialistische Sektor der Weltwirtschaft und ebenso die afroasiatischen Entwicklungsländer. Mit dem Staatensystem ändert sich die Wirtschaftsordnung.

18) Daß die Vereinigten Staaten beispielsweise „in den 60 Jahren des Kartellverbots die größte jemals beobachtete Ver- trustungsentwicklung durchgemacht haben“, betonte Heinrich Rittershausen, „Wirtschaft“ (1958), S. 297—299.

19) Vgl. hierzu die Veröffentlichungen und Mitteilungen der 1955 erneuerten List-Gesellschaft; sie ist Nachfolgerin der 1925 gegründeten und 1935 aufgelösten Friedrich-List-Gesellschaft. — Nach Professor Horst Jecht machten die Real- und Finanzierungsinvestitionen der öffentlichen Hand in Großbritannien 1955 rd. 29, in Frankreich 1955 rd. 31 und in der Bundesrepublik Deutschland 1956 über 32 vH der inländischen Gesamtinvestitionen aus.

Im Westen und nicht zuletzt in Deutschland wurden Großbetriebe und Zusammenschlüsse zweimal durch die Monopolverhältnisse einer totalen Kriegswirtschaft vorangetrieben, der Marktwettbewerb ausgeschaltet oder abgedrängt²⁰). Gleichzeitig konnten im Destruktionsprozeß des totalen Krieges die technisch-chemischen Verfahrensweisen derart verbessert werden, daß trotz aller Zerstörungen die Produktivität der Gesamtwirtschaft nach 1918 und erst recht nach 1945 erhöht und der Wiederaufbau staunenswert beschleunigt wurde. Obgleich Deutschland von 1933 bis 1945 keinerlei demokratische Daseinsweise kannte, ging der Konzentrationsprozeß damals ungebrochen weiter. Die gewaltsam zerstörten demokratischen Institutionen widerstandsfähiger als vor 1933 zu erhalten und pluralistische Willensbildung mit privatwirtschaftlicher Integration zu vereinigen, kann nach diesen Erfahrungen keine primäre Aufgabe der Großwirtschaft, geschweige ihrer Remodellierung auf einer bereits endgültig überwundenen Stufe sein. Wie (das Ende der Weimarer Republik gezeigt hat, bleiben die genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen nach ihrem Daseinsgrund einer freiheitlichen Daseinsweise notwendig verbündet. Daß sie 1933 sogleich zerschlagen wurden, läßt den Klassencharakter eines unverhüllten Diktaturstaates erkennen. Gewiß bleibt das Gefahrenmoment, dem die Weimarer Republik nach der Weltwirtschaftskrisis von 1929 erlag, eine Besonderheit unserer geschichtlichen Entwicklung, die in Großbritannien und Nordamerika, der Schweiz und Skandinavien keine Parallelen hat. Offene Diktatur ist keine unvermeidbare Folge der integrierten Großwirtschaft. Diese Voraussetzung fehlte dem spanischen oder italienischen Faschismus ebenso wie dem russischen oder chinesischen Kommunismus. Wenn aber eine mittelständisch-kleinbürgerliche Gesellschaftsformation, in der die wirtschaftlich Selbständigen überwogen, der Vergangenheit angehört, dann wird die Selbstbehauptung aller freiheitlich-demokratischen Elemente vordringlicher und für »unser Gemeinwesen soziologisch bedeutender als jede ohnehin unvermeidbare Verstärkung der zentralisierenden Staats- und Wirtschaftsapparate, Staatszwang und Bildungsmonopole sind kein Ersatz dafür²¹).

Die Reproduktion unseres materiellen und gesellschaftlichen Daseins bleibt stets untrennbar verbunden. Quelle aller Einkommen ist, unmittelbar oder mittelbar, der Produktions- und Zirkulationsprozeß. Hier bilden sich jene Kapital- und Arbeitseinkommen, mittels derer erst die sogenannte Neigung zum Verbrauch oder zum Sparen und zum Investieren verwirklicht werden kann. Die *Produktion*, kein noch so sichtbarer Verbrauch, ist Sitz der Klassenschichtung. Deren Hauptmerkmal war in allen Wirtschaftsordnungen und unter wechselnden Rechtsformen die gesellschaftliche Verfügungsmacht über die jeweiligen Mittel und Instrumente der Produktion und Zirkulation. Diese Verfügung liegt im Nachkriegsdeutschland überwiegend bei denjenigen Einzelpersonen oder Erwerbsgesellschaften und deren Managern, welche die Unternehmerinitiative und damit ihr Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit ausüben. Ererbte oder erworbene Verfügung über Sachwerte und Geldkapital und Kredit, Unternehmerleistung und Größe der Wirtschaftseinheiten, Spekulation und Vorzugsstellungen aller Art gehen in die Erfolgsrechnungen ein.

Eine Übersicht der hieraus resultierenden Vermögensverteilung fehlt. Namentlich gelten die veraltete Einschätzung des Grundbesitzes, die wechselnden Kaufkraftindexe, das phantastische Steigen der Aktienkurse am verengten Kapitalmarkt sowie die Be-

20) Laut „Economist“ erhielten 13 Korporationen in den Vereinigten Staaten Ende 1941 über die Hälfte aller Rüstungsaufträge, laut „Fortune“ 100 Korporationen über vier Fünftel aller größeren Aufträge. Eine Gesamtdarstellung für Europa fehlt, im Unterschied zum ersten Weltkrieg.

21) Die Formulierung des „Staatsnotstandes“ hat, gleichwie in der Weimarer Republik, eine soziale Pointe im Einsatz von Polizei oder Militär gegen innere Unruhen. Schon die Abrüstungsvorschriften des Versailler Friedens 1919 nahmen hierauf Bezug. Die Frage des „zweiten Bildungsweges“ ist gleichfalls aktuell. Nur knapp vier bis fünf vH unserer Hochschüler waren vor 1914 Arbeiter- und Kleinbauernkinder. — Vgl. Hans Dahmen im Aprilheft 1959 der „Gew. Mhefte“.

KONZENTRATION UND WETTBEWERB

schränkung auf physische Personen als Hemmnisse für das statistische Erfassen einer Vermögenskonzentration, die auch von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* bemerkt wird. Die Anzahl der physischen D-Mark-Millionäre hat darum keinen gesamtwirtschaftlichen Erkenntniswert. Sie wurde steuerlich 1953 auf 1566 und 1957 auf rund 3500 veranschlagt und dürfte sich 1960 abermals verdoppelt haben, gegenüber rund 16 000 Mark-Millionären nach der Statistik des Wehrbeitrages 1913.

Die Neustrukturierung unserer Wirtschaftsgesellschaft läßt sich am ehesten aus dem Masseneinkommen der Unselbständigen und aus den Rationalisierungs- sowie Erweiterungsinvestitionen der Unternehmungen erkennen. Nettolöhne und -gehälter, Pensionen, Sozialrenten und Unterstützungen erreichten von 1950 bis 1959 an 700 Md. DM, die Anlageinvestitionen gleichzeitig in Preisen von 1954 an 215 Md. D-Mark, während der Bestand an Spareinlagen 44 Md. DM erreichte. Der Absatz festverzinslicher Wertpapiere 1948 bis 1959 betrug rund 40 und der Aktienabsatz knapp 8¾ Md. DM. Gut drei Viertel der privaten Kapitalakkumulation entfielen auf die rund 13 vH Selbständigen unter sämtlichen Erwerbstätigen. Die überwiegende Selbstfinanzierung der Kapitalgesellschaften und Privatkonzerne nach 1949 hat, wenn wir vom Besitz der öffentlichen und der „toten“ Hand absehen, die Konzentration der Produktionsmittel in einem auch gesamtgesellschaftlich eminenten Maße gesteigert²²⁾.

Konkurrenz im Wortsinne eines Wettlaufes würde an sich, wie auch *Alexander Rüstow* betont, eine vollkommene Chancengleichheit des Leistungswettbewerbs bedingen. Andererseits wird die konkrete Verfügungsmacht in jeder Volkswirtschaft durch deren Rechtsordnung im voraus festgelegt und ungleich gestaltet. *Adam Smith* weist auf diese Beziehung zwischen Macht und Vermögen hin. Somit wird die subjektive Erwerbsfreiheit von jeder Sozialordnung objektiv eingeschränkt; der bekannte Gegensatz von formaler und Wirtschaftsdemokratie ist nur ein Unterfall. Die Vereinigten Staaten verdanken ihre industrielle Spitzenstellung dem Expansionsdrang ihrer „Pioniere“ und einer dynamischen Eigenverantwortung, die ihren Bürgern die stärksten Chancen im Marktwettbewerb bot. Der freie Wettbewerb als entscheidendes Instrument und das private Management als schöpferischer Träger unserer bürgerlichen Daseinsweise wurden auf der Kissingener Tagung bedenkenloser gepriesen als jemals wohl im alten Verein für Sozialpolitik; die Strukturen aber wurden nicht erörtert, ohne deren Analyse alles funktionale Marktgeschehen und Verhalten begrifflich wie wirtschaftspolitisch unbewältigt bleibt. Finanzpolitische Vorschläge wollten u. a. die Selbstfinanzierung der Privatwirtschaft auf die Arbeitnehmer verlagern — Vorschläge, die Salin als „Mondfahrt“ abtat. Die Kontroverse ist so alt wie die gesamte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

VI

Um so unerläßlicher ist es, die organisierte Arbeit als den praktischen Gegenpol und unabdingbaren Komplementärbegriff „der Wirtschaft“, wie sie genannt wird, hier einzuschalten. Dann wurde auch jeder Versuch scheitern, dem Konzentrationsprozeß mit mehr Ideologie- als erfahrungsgemäßen Maßnahmen entgegenzutreten. Es gibt keinen Naturschutzpark für Theorien. „Das Entwicklungsgesetz verbietet die neoliberale Lösung; ihre Marktformenlehre arbeitet im geschichtslosen Raum“²³⁾. Beispielsweise bestand die nordamerikanische Gesellschaft im 18. Jahrhundert zu vier Fünfteln aus unabhängigen Unternehmern; heute machen letztere kaum mehr als 12 vH aus, und kaum mehr als 2 vH aller Firmen in einem Markt von insgesamt

22) „Zur Machtverteilung“ s. Eugen von Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie (14. Aufl. 1919), I. Bd., S. 96—134. — Über Klassenherrschaft, Monopol und Ausbeutung s. Schmoller a.a.O. S. 500—517.

23) Andreas Predöhl in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1. Jgg. (1953), S. 113.

180 Millionen Menschen beschäftigen die Mehrheit aller Arbeiter und Angestellten²⁴). Der soziale Aufstieg aus den unteren Rängen zur Spitze ist nach *Herbert von Borch* in den großen Korporationen ebenso schwierig geworden wie in unserer Beamtenhierarchie. Dabei erreicht die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten ungefähr diejenige der manuellen Arbeiter. Man hat geschätzt, daß um 1970 zwei Fünftel aller Familien in den Vereinigten Staaten über 7500 Dollar oder 31 000 DM Jahreseinkommen haben werden und daß rund 19 Millionen Nordamerikaner staatliche Alterspensionen erhalten würden, gegenüber nur einer Million 1940. Die Annahme, daß ein Verteidigungsbudget von gegenwärtig 51 Md. Dollar gleichzeitig weiter wachsen werde, bedeutet notwendig eine steigende Integration der Gesamtwirtschaft.

Damit rühren wir nochmals an jene politisch-ökonomische Grundfrage unserer Gegenwart, deren Beantwortung allen Hauptmächten in gleicher Weise aufgegeben ist. Sozialprodukt und Lebensstandard, Klassenschichtung und Außenpolitik ergeben Zielsetzungen, die unseren kleiner (gewordenen Erdball zur Einheit akuter Gegensätze machen. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, sagte Ministerpräsident *Nehru* im Oktober 1960, ständen sich näher als andere Staaten, weil hier wie dort die „Maschinenzivilisation“ herrsche.

Indessen haben sich drei Gruppen mit abweichenden Sozialstrukturen ausgebildet. Schätzungen der UNO folgend hat der Leiter des WWI, Professor *Bruno Gleitze*, errechnet, der Anteil der jetzt marktwirtschaftlich organisierten Länder an der Erdbevölkerung werde binnen vierzig Jahren von 24,1 auf 16,5 vH zurückgehen, derjenige der Entwicklungsgebiete von 41,7 auf 49,2 vH steigen und der Anteil des kommunistischen Bereiches mit 43,2 bis 43,3 vH unverändert bleiben. Die Konzentrationstendenz mag innerhalb dieser drei Hauptgruppen wie zwischen ihnen zu weiteren inter- oder supranationalen Bindungen führen, deren Anfänge bekanntlich auf das Ende des ersten Weltkrieges zurückgehen. Welche Veränderungen auch die stets offene Zukunft bringen möge, außer Zweifel steht, daß unsere Umwelt den geschichtlich begründeten Absolutheitsanspruch der westlichen Marktwirtschaftslehren abgetan hat. Denn jeder Markt hat notwendig bestimmte, ihn begrenzende politisch-ökonomische Strukturen; die Wirtschaftsräume und sogenannten Marktebenen sind institutionell geordnet²⁵).

Dies galt für das Zeitalter der nationalstaatlichen Einheitskämpfe und Zollunionen; die liberale Weltwirtschaft und der moderne Imperialismus gingen hier ineinander über. Die Ausbildung nationaler Industriegesellschaften hatte Handels-, Gewerbe- und Verkehrsfreiheit zum unerläßlichen Hauptmerkmal. Aber die Doktrin des *laissez-faire* befand sich nach kurzer Herrschaft um 1850 bis 1875 alsbald in vollem Rückzuge vor Schutzzöllen und Kartellen, Staatsmonopolen, Subventionen und Kommunalbetrieben; Arbeiterbewegungen und Sozialgesetzgebung, Kolonialherrschaft und gewaltsame Markteroberungen sprengten den Rahmen einer sich selbst regulierenden marktwirtschaftlichen Harmonieordnung und Praxis. Die Zwischenkriegszeit 1919 bis 1939 brachte neue Widersprüche zum Reifen und zugleich eine Pseudo-Renaissance der Freiwirtschaftslehren und Weltwirtschaftskonferenzen²⁶).

Auf unserer gegenwärtigen Stufe sind EWG und EFTA politische Integrationsvorhaben, deren Gelingen den Konzentrationsprozeß im Kerneuropa der Montanunion fördern müßte. Weil alle Grenzen über sich hinausweisen, werden Wechselwirkun-

24) Vgl. *Charles A. Beard* und des Verfassers „Krisis des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten“ (1944), S. 30—36 und S. 113. — Nur 3,5 vH aller Arbeitnehmerhaushalte in den Vereinigten Staaten 1956 besaßen Aktien.

25) Vgl. hierzu des Verfassers „Wirtschaftssoziologie“ in »Die Lehre von der Gesellschaft“ ed. G. Eisermann (1956), S. 235—291, und ebda. Georges Gurvitch, „Rechtssoziologie“.

26) „Back to normality“ und „Business as usual“. — Altliberale Lohnfondstheorie und nachliberale Produktivitätstheorie führen zu vergleichbaren Ergebnissen. Vgl. *Herkner* a.a.O. S. 129—179.

KONZENTRATION UND WETTBEWERB

gen mit dem anglo-amerikanischen Industriebereich, den Entwicklungsgebieten und auch den COMECON-Ländern den Prozeß beeinflussen; es gibt da keine Statik und keinen wirtschaftspolitischen Schematismus. Im Exportzwang wie in den außenpolitischen Beziehungen wirken alte Antriebe verwandelt und verwandelnd fort. Ob Marktsroberung und Kolonialismus oder Entwicklungshilfen und Aufnahme in die UNO, ob Handelssperren und kalter Krieg oder Ost-West-Handel und friedliche Koexistenz, jedenfalls werden Expansion und Konzentration Kennzeichen unserer gegenwärtigen internationalen Produktionsverhältnisse bleiben. Über ihrer technisch-ökonomischen Basis entfalten sich Betriebs-, Unternehmungs-, Vermögens- und Machtkonzentrationen und führen zu unterschiedlichen, ja einander ausschließenden Gesellschaftsformationen. Indem alle Märkte in den Prozeß einbezogen werden, nehmen sie die veränderten Strukturen ihrer Umwelt an. Damit erhält auch der Wettbewerb einen neuen Spielraum. Der Wettbewerb wirkt in verschiedener Weise auf freien wie auf „verplanten“ Märkten, innerhalb privater Konzerne und Riesenbetriebe wie als „sozialistischer“ Leistungswettbewerb sogar in Kombinat und Kolchosen, schließlich zwischen den großen Mächten rund in ihrem Umkreis kleinerer Gemeinwesen. Insofern bleibt der Wettbewerb, ob frei oder reguliert, auch im Zeitalter der Konzentration ein unteilbares Merkmal jeder Wirtschaftsordnung.